

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 134 (1968)

Heft: 6

Artikel: Weltpolitik im östlichen Mittelmeer 1968

Autor: Weisl, Wolfgang von

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-44471>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

bände, wenn immer möglich überraschend aus der Flanke, und das ständige Manövrieren der Einzelpanzer während des Gefechts haben sie begünstigt.

Die Fähigkeit, rasches und präzises Feuer zu legen, bezieht sich auch auf die Panzerartillerie. Über ihren Einsatz wissen wir nicht allzuviel. Doch wird ihr zugeschrieben, in vielen Fällen mit guter Wirkung eingegriffen zu haben. Ein Beispiel ist der nächtliche Angriff von sechs israelischen «Centurion»-Panzer auf eine marschierende ägyptische Brigade bei El Arisch. Während starke ägyptische Artillerieverbände unpräzises Feuer legten und keinen Schaden anrichteten, reichten zwei israelische Batterien aus, die feindliche Brigade aufzuhalten, als den «Centurions» die Munition ausging und sie sich zurückziehen mußten. Dies eine Folge des Einsatzes der Artillerie als eigentliche Sturmartillerie weit vorne und sogar im Direktschuß.

Handwerkliches

Die folgenden kurzen Hinweise mögen das Wesen und die Arbeitsweise der israelischen Panzer- und mechanisierten Truppen noch in Einzelheiten beleuchten: General Tal war erst seit 10 Jahren bei der Panzertruppe, General Gavisch, General Scharon und General Joffe waren Infanteristen. Der erstere hatte noch nie ein Armeekorps, die letzteren noch nie eine Division geführt. Es gab keine lange zum voraus bereitgestellten Pläne. Diese wurden erst gegen Ende Mai konzipiert und laufend verbessert, zum Teil wurden sie am Vorabend der Schlacht oder während dieser selbst noch umgestellt. Absprachen über Koordination und Unterstellungen wurden von den Befehlshabern beim Zusammentreffen von Verbänden ad hoc vorgenommen. Das Durchqueren des Schlachtfeldes von Um Katef durch die zweite Brigade der Division Joffe während das Gefecht noch tobte, zeigt die Überlegenheit, mit der solche Probleme gemeistert wurden.

Funkführung und Verbindungen haben geklappt. In Krisensituationen war es möglich, Verbände rasch umzustellen und anders einzusetzen. Die israelische Armee scheint Ungewißheit und Gegenbefehle nicht allzusehr zu scheuen. Das Oberkommando behielt nicht zuletzt dank erstklassigen Verbindungen den Überblick. Stabsangehörige behaupteten, man hätte in Tel Aviv praktisch den ganzen Funkverkehr bis hinunter zur einzelnen Panzerkompanie mithören können.

Die mechanisierten Truppen, bei der Division Tal Fallschirmjäger, sonst Infanteristen auf Halbkettenfahrzeugen, führten den Kampf, solange es ging, ab Fahrzeug. Sie scheuteten aber auch stundenlange Umgehungsmarsche zu Fuß nicht, wenn diese nötig wurden. Im Sinai scheinen die Panzer- und Panzergrenadierbataillone ungemischt eingesetzt worden zu sein. In der gleichen Brigade wurden bis zu drei verschiedene Panzertypen eingesetzt. Brigade und Division verfügten über Reparaturtruppen. Kleinere Schäden, zum Beispiel Kettenbruch, wurden von der einzelnen Besatzung behoben.

Die Brigade hatte eine Versorgungsautonomie von 74 Stunden. In einer Reihe von Fällen mußten Gefechte abgebrochen werden, damit Panzer und Fahrzeuge aufgetankt und munitiniert werden konnten. Tiefer im Sinai erfolgte die Versorgung aus der Luft; einzelne Panzer wurden durch Heliopoter aufgetankt.

Die israelischen Panzerverluste im Sinai wurden mit 70 angegeben, meist durch feindlichen Panzerbeschluß. Minen und Panzerabwehrkanonen verursachten ebenfalls Ausfälle. Über die Wirkung drahtgelenkter Panzerabwehraketen ist wenig bekannt, auch wenn sie angesichts der auf den Schlachtfeldern herumliegenden Drähte offenbar eingesetzt wurden.

Beim Panzermaterial kommen im Nachurteil die mittleren Panzer gut weg: Der – völlig umgebaut – «Super Sherman» wegen seiner großen Beweglichkeit im beinahe unpassierbaren Gelände. Der «Patton», weil er sich dem T 54 und T 55 eindeutig überlegen zeigte. Eine Kompanie «Pattons» war mit 105-mm-Kanonen und Dieselmotoren ausgerüstet. Ihre Leistung wurde als sensationell bezeichnet. Der «Centurion» wurde wegen seiner zusätzlichen 20 t Stahl geschätzt. Demgegenüber traten die Schwächen des AMX deutlich zutage; als neue negative Erfahrung wird hier die Verletzlichkeit des Fahrers bei Minenexplosionen hervorgehoben.

Schlußbemerkung

Wer die israelischen Panzeroperationen verfolgt, wird zum Schlusse kommen, daß sich ihre Kühnheit glänzend bewährte. Er wird jedoch davon nicht ableiten können, daß sich solche Kühnheit immer und unter allen Umständen bewähren wird. Wer einem Gegner gegenübersteht, der seinerseits sein Handwerk versteht, wer mit einer langen Dauer des Kampfes rechnen muß, wer weiß, daß die Überlegenheit des Feindes aus beinahe unerschöpflichen Ressourcen immer wiederhergestellt werden kann, der wird nicht alles auf eine Karte setzen können, sondern ein anderes Kampfverfahren wählen müssen. Aber dieser Vorbehalt hindert nicht, zwei Merkmale der israelischen schnellen Truppen als vorbildlich und nachahmenswert zu betrachten: Einmal die geistige Beweglichkeit auf allen Stufen der Führung, verbunden mit einem unbeugsamen Willen, das durchzusetzen, was sich als nötig erweist. Ob ein Gefecht nach Plan oder improvisiert ablief, man fand sich zurecht und war imstande, dem Gegner das Handeln aufzuzwingen. Zum zweiten geht es um die eindrückliche Lehre vom Wert einer kriegsgünstigen Ausbildung. Die israelischen Panzersoldaten sind Fachleute im besten Sinne des Wortes. Es braucht viel, bis man sagen kann, was die israelischen Panzerführer im eingangs erwähnten Interview feststellten: «Diesmal, als der Krieg kam, war alles vorgesehen und bereit. Alles, was wir versuchten, war getestet worden. Es gab keine neuen Probleme. Die Aufgabe bestand lediglich darin, das anzuwenden, was wir bereits wußten.»

Weltpolitik im östlichen Mittelmeer 1968

Dr. Wolfgang von Weisl, Gedera (Israel)

I.

Bis 1945 war das Mittelmeerbecken britisches Reservat. Gibraltar, Malta, Zypern waren drei eiserne Pfölle, an denen das Gezelt britischer Oberhoheit ausgespannt war: vom Persischen Meerbusen über die Halbinsel Arabien (wo ein vierter Pflock in Aden und den dazu gehörenden strategischen Inseln – Perim, Sokotra, Kamaran – das Zelttuch noch fester spannte),

über das den Franzosen entwundene Syrien, über Libanon, Ägypten, Libyen.

Im Herzen dieses Gebiets, an der Schnittlinie Asiens und Afrikas, als Wacht am Suezkanal von Osten, lagen Palästina und Transjordanien, wo eine Armee von 100 000 Engländern eingesetzt blieb, mit der Aufgabe, die Juden zum Verzicht auf ihre Forderung nach freier Einwanderung zu zwingen und dadurch – so

hoffte London – sich die Dankbarkeit und Gefolgschaft der arabischen Völker zu sichern. Zu diesem Zweck hatte Mister Eden die Arabische Liga gegründet: sie sollte Trägerin britischer Politik sein, sollte den Orient gegen russische Infiltration abschirmen.

Zehn Jahre später, 1956, waren die Hoffnungen, die Großbritannien auf die Arabische Liga gesetzt hatte, zerronnen. Aus wohlwollenden Gefolgsleuten hatten sich die arabischen Staaten in höchst selbstbewußte «Antiimperialisten» verwandelt, in welchen, die bloße Erinnerung an die Zeit, in der Großbritannien Vormacht im Nahen Osten gewesen war, bittere Gefühle wachrief. Noch hielten die drei oder vier Pflocke fest, aber das Zelt, das an sie angebunden war, hatte der Sturmwind einer neuen Zeit zerrissen. Ägypten war nicht nur unabhängig geworden, sondern hatte den Todfeind des Westens, Rußland, zu seinem Waffenlieferanten, zum Kompagnon größter technischer und kommerzieller Unternehmungen gemacht. Die Wacht am Ostufer des Suezkanals war abgerufen worden; an Stelle der britischen Garnison im Palästina war dort der zionistische Staat entstanden, von Sir Anthony Eden mit Mißvergnügen als möglicher Partner betrachtet. Syrien und der Irak waren unberechenbar geworden; eine Revolution löste die frühere ab; die Herrscher von gestern fielen den Kugeln der Prätendenten von morgen zum Opfer, und prokommunistische Parteien bereiteten auch dort die russische Infiltration vor.

An der Adria zeigten schon zwei kommunistische Staaten, Jugoslawien und Albanien, ihre Flagge. Noch hielt der Westen seine Herrschaft über das Mittelmeer aufrecht. Mit Frankreich verbunden, konnte England den größten Teil des Südufers des Meeres als sichere Zone betrachten: Algerien war französisch, und dort stand den Flotten des Westens der mächtigste Stützpunkt zur Verfügung, der je in diesem Meer in die Uferfelsen gehauen worden war: Mers el-Kebir, auf halbem Wege zwischen Tanger und der Hauptstadt Algeriens gelegen, sollte die verbündeten Flotten selbst gegen Atombombenangriffe sichern und deckte strategisch von Süden her die Route Gibraltar-Malta.

Aber hielt auch noch die Westflanke der alliierten Mächte im Mittelmeer, verstärkt durch die Anwesenheit der 6. Flotte der Vereinigten Staaten, die Ostflanke war schwer angeschlagen: Der Suezkanal war der anglo-französischen Kontrolle entrissen, konnte – wie man bald schmerzlich erfuhr – von seinem neuen Herrscher gesperrt werden. Schlimmer noch als das: Ägypten war unbestrittene Vormacht der Arabischen Liga geworden und konnte Sanktionen gegen die Westmächte verhängen, statt daß, wie früher, diese ihren Willen (durch Entzug von Subventionen und dergleichen) den stets geldbedürftigen Staaten der Levante aufzwingen konnten. Diese Sanktionen waren: Sperre der Öllieferungen an Großbritannien und Frankreich in dem Augenblicke, da diese beiden Staaten versuchten, ihre Stellung in der Verwaltung des Suezkanals mit Waffengewalt zurückzugewinnen.

Im Kriege von 1956 schlug zwar Israel die ägyptische Armee vernichtend, ließ sich aber – wie wiederum 1967 – durch die Westmächte abhalten, den Sieg durch Verfolgung des flüchtenden Feindes bis zu dessen Vernichtung auszunützen. Eden wollte nicht die «Juden» als Bundesgenossen haben, wollte nicht den Franzosen die Leitung der Operationen gegen Ägypten überlassen; statt eines Blitzsieges kam es zu langwierigen Manövern, «mit halben Mitteln Halbes zaghafte angestrebt». Dies ließ den Russen Zeit, als Schutzmacht Ägyptens aufzutreten, ließ Eisenhower Zeit, seinerseits zu versuchen, als Koprotektor Ägyptens den Arabern zu zeigen, daß die USA die «Aggression» Englands, Frankreichs und Israels mißbilligten.

Die 6. Flotte drohte gegen England und Frankreich eingesetzt zu werden. Wenn je der Spruch paßte, daß die Götter den mit Blindheit schlagen, den sie verderben wollen, so galt er hier – galt für die Engländer, die eine unbegreifliche Unfähigkeit zu raschem Handeln zeigten, galt für die Amerikaner noch mehr, die ihren Verbündeten in den Rücken fielen, um – den Verbündeten der Sowjets vor seinem Untergang zu retten.

Wieder vergingen 10 Jahre. Ende 1966 hatte das Mittelmeer aufgehört, den Briten und den Franzosen zu gehören. Zypern war unabhängig geworden; dort herrschte seither ägyptischer und russischer Einfluß vor; die kleine Flottenbasis der Briten hat nur mehr geringe Bedeutung. Syrien war beinahe offiziell russisches Protektorat: Die Sowjetunion hatte – in vagem Zusammenhang mit einer noch vageren Möglichkeit einer Bedrohung Syriens durch Israel – verlauten lassen, daß diese Republik «in der Nähe der Sowjetunion liege und daß daher jede Bedrohung Syriens als Bedrohung Rußlands aufgefaßt werden würde». Die geographisch unbestreitbare Tatsache, daß zwischen Syrien und Rußland immerhin die ganze Breite der anatolischen Türkei beziehungsweise Persien und der Irak liegen, so daß kaum von einer Bedrohung «Rußlands» die Rede sein konnte, selbst wenn jemand das syrische Regime der prokommunistischen Baath-Partei hätte stürzen wollen, verleiht dieser russischen Erklärung besondere Wichtigkeit. Wir werden darauf noch zurückkommen.

Ägypten war in immer schärferen Gegensatz zu Großbritannien geraten. Selbst nachdem diplomatische Beziehungen wieder aufgenommen worden waren, bemühte sich Ägypten, vor den Völkern Asiens und Afrikas zu demonstrieren, daß die Rollen zwischen dem einstigen Herrn des Nillandes und dem untertänigen Ägypten vertauscht waren: Jetzt war Ägypter der Herr, und der britische Löwe mußte sich an seiner Mähne zupfen lassen, ohne Zurückschlagen zu können. Weil England nicht mit Waffengewalt die Regierung Rhodesiens stürzen wollte, sondern sich auf wirtschaftliche Sanktionen beschränkte, brach Ägypten die diplomatischen Beziehungen zu London wieder ab. Von Rußland strömten immer größere Massen von Kriegsmaterial nach Ägypten und dem ägyptischen Jemen; mit den Lieferungen kamen auch Fachleute aller Art – nicht nur aus Rußland, sondern auch aus den Ostblockstaaten. Amerika gewährte noch immer Unterstützungen an Ägypten – lieferte Getreide, als Ägypten von Hunger bedroht war; kaufte ägyptische Baumwolle; verlängerte Kredite und stundete Zinsen; gab außerdem Subsidien in Höhe vieler Millionen Dollar Jahr um Jahr, obgleich diese Hilfeleistungen Ägypten die Führung seines Krieges in Jemen und die Aufrüstung seiner Armee gegen Israel erleichterten. Noch immer glaubte Washington, nur durch solche Geschenke – in Zeiten der Völkerwanderung nannte man das Tributzahlungen, die etwa von byzantinischen Kaisern an barbarische Stämme bezahlt wurden, um sie in Ruhe zu halten – könne Nasser davor zurückgehalten werden, sich restlos den Kommunisten anzuschließen.

In Nordafrika war Algerien für Europa verlorengegangen. Prokommunistische soziale Tendenzen führten zu prorussischer Außenpolitik (trotz halbherziger Flirts mit China). De Gaulles Hoffnung, Algerien gerade wegen der ihm gewährten Unabhängigkeit in freiwilliger Entente mit Frankreich zu halten, drohte mehr als einmal enttäuscht zu werden. Die Türkei, früher festes Bollwerk der NATO-Mächte, war durch nationale Ressentiments entfremdet: Im Streit über die Rechte der zypriotischen Türken hatten die NATO-Staaten, allen voran die USA, die Türken im Stich gelassen, während (oder vielleicht gerade weil) der Erzbischof Makarios sich der Unterstützung Rußlands (und des arabischen Blocks) erfreute.

War der Ärger über diesen «Verrat» der Verbündeten vielleicht Anlaß, einen Frontwechsel zugunsten Rußlands vorzubereiten, so waren konkrete Machtfragen eine schwerer wiegende Ursache: Dank der schon erwähnten Erklärung des russischen Protektorates über Syrien war die Türkei plötzlich von Rußland eingekreist worden. An der kaukasischen Front, in Armenien, grenzt sie direkt an Rußland; der Rest ihres europäischen Bestandes, Thrakien, ist vom russischen Satelliten Bulgarien umschlossen; nun war auch an der Südgrenze in Syrien der Russe eingedrungen. Wie lange noch der Irak außerhalb der russischen Einflußsphäre bleiben würde, war nicht sehr optimistisch zu beantworten ...

Amerika war in Vietnam festgelegt – und zwar nicht nur im militärischen Sinne. Eine Riesenmacht wie die USA konnte sicher mehr als 500 000 Mann unter Waffen halten, konnte eine aktive Rolle auch im Mittelmeer und dem Nahen Osten spielen – wenn sie dazu moralisch bereit gewesen wäre. Aber der Vietnamkrieg hatte die Nation moralisch erschöpft; die Überzeugung der Amerikaner, daß sie sich jedwede Verschwendungen leisten können, weil sie so reich seien, hatte den Krieg in Vietnam so kostspielig werden lassen, daß für eine Beteiligung Amerikas an einem anderen Kriegsschauplatz einfach kein Geld mehr da zu sein schien – und um so weniger, als die maßgebenden Politiker der USA immer steigende Ausgaben für zivile Zwecke forderten, vor allem zur Befriedung der Neger. Das Ergebnis war, daß Rußland im Nahen Osten – und teilweise auch schon in Nordafrika – praktisch unbeschränkt seine Politik friedlicher Durchdringung fortsetzen konnte.

Ein kleines Hindernis stand immerhin im Wege. Klein im geographischen Sinn, klein an politischer Wichtigkeit. Der Staat Israel, mit 20 700 km² und 2 700 000 Einwohnern (davon weniger als 2 400 000 Juden), halb so groß und halb so bevölkert wie die Schweiz, war den Russen unzugänglich geblieben. Die russischen Waffenlieferungen an die Araber und ihre häufigen Freundschaftsbeteuerungen für die «gerechten arabischen Ansprüche» hatten die Juden ins prowestliche Lager getrieben, das sie unter anderen Umständen vielleicht nicht gewählt hätten; schließlich gehört auch Westdeutschland zum Westen, schließlich gab es Ressentiments gegenüber England; Eisenhowers Haltung im Sinaikrieg und Amerikas Unterstützung Ägyptens waren nicht dazu angetan, große Liebe zu erwecken. Besonders bitter empfanden die Israelis, daß die Westmächte ihnen nur unter Auflage größter Schwierigkeiten – durch Hintertüren und gegen hohe Preise – Waffen verkauften, während ihre Feinde ihre Flugzeuge, Tanks, Artillerie zum Teil umsonst, zum Teil zu billigsten Bedingungen und auf Kredit geliefert bekamen – nicht nur vom kommunistischen Block, sondern auch von Amerika (wie zum Beispiel Jordanien und Libanon), das an Israel so gut wie nichts verkauft ...

Aber Rußlands Haltung ließ Israel keine Wahl. Es mußte beim Westen bleiben – und wurde denn auch darob als «imperialistisches Werkzeug der Neokolonialisten Bonns, Londons, Washingtons» angeprangert. Ein neues Beispiel für das Sprichwort – give the dog a bad name and hang him ...

Die Sowjets wollten den arabischen und vor allem den syrischen Nationalisten demonstrieren, wie weit ihre Bereitschaft zur Unterstützung der arabischen Anti-Israel-Politik geht; das führte letzten Endes zum Junikrieg 1967. Es ist wichtig, daran zu erinnern; wieder müssen wir auf Rußlands Syrienpolitik verweisen, die schon besprochen wurde. Die Russen sagten wieder und wieder, daß der amerikanische Geheimdienst ein Komplott gegen die Baath-Regierung organisierte – er hetze Israel zum Angriff auf Damaskus, um dadurch dessen «sozialistische und

prorussische» Regierung zu stürzen und durch reaktionäre, bourgeoise, prowestliche Lakaianen zu ersetzen. Ob die Russen selbst an diese Behauptung glaubten, ob sie vielleicht nur für den Konsum phantasievoller Orientalen bestimmt war – wer kann das heute sagen? Sicher ist, daß die Russen seit 1965 die Syrer ständig ermutigten, Grenzzwischenfälle mit Israel zu provozieren, daß sie im Sicherheitsrat jede Verurteilung der Syrer durch ihr Veto blockierten, jede Revancheaktion Israels verdammten und dadurch die Spannung an den Grenzen erhöhten.

Die Grenzkonflikte, an und für sich Bagatellen, drehten sich im wesentlichen um die Hoheitsrechte Israels auf etlichen Quadratkilometern «demilitarisierten Bodens» im oberen Jordantal. Die Syrer ließen die Israelis diese Böden nicht pflügen oder sonst bearbeiten und eröffneten das Feuer gegen Traktoren, die im Jordantal ackerten. Wenn die Israelis zurückgeschossen, kam es zu Artillerie- und sogar Luftschlachten; bei einer derselben verloren die Syrer 5 MiG 21. Obwohl sie diesen Verlust dadurch schmerzlos machten, daß ihre Communiqués den Israelis eine noch größere Zahl von verlorenen Flugzeugen andichteten, gab dieser Zwischenfall Anlaß zu Vorwürfen, daß Nasser nicht rechtzeitig zu Hilfe gekommen sei – und auch das spielte eine Rolle bei der Entfesselung des Junikrieges. Denn jetzt mischten sich die Russen ein. Sie informierten erst die Syrer, dann die Ägypter, daß die Juden «am Tage nach ihrer Unabhängigkeitsparade (15. Mai 1967)» nicht weniger als 16 Brigaden zum Angriff auf Syrien konzentrierten. Als Israels Ministerpräsident den russischen Botschafter, der diese Behauptung vorbrachte, einlud, mit ihm sofort an die syrische Grenze zu fahren und festzustellen, ob es dort überhaupt Truppen gebe, lehnte der Russe ab. Bis heute weiß niemand, ob die Warnung vor jüdischen Truppenkonzentrationen von Moskau lanciert wurde – oder ob lokale Intrigen eines kommunistischen Agenten die Verantwortlichen im Kreml absichtlich provoziert wollten. Wie dem auch gewesen sei: Von diesem Tag (dem 17. Mai) an, rollten die Dinge zwangsläufig ab. Es kam zum Krieg. Rußland sowohl wie die Westmächte blieben Zuschauer. Die arabischen Staaten machten «Bonn, London und Washington» für ihre Niederlage verantwortlich, der Suezkanal wurde am zweiten Kriegstag neuerlich durch Versenkung von mit Zement beladenen Schiffen gesperrt. Die Ölleitung aus dem Irak und die Öllieferungen aus der Halbinsel Arabien wurden gesperrt. Die diplomatischen Beziehungen zwischen den meisten arabischen Staaten und den USA (und England) wurden abgebrochen.

Als der Sechstagekrieg endete, standen die Juden, denen einst Lloyd George die Rolle des «Wächters am Suezkanal» zugeschrieben hatte, wirklich am Suezkanal. Aber sie wachten an einem toten Kanal. Israels Forderung, daß auf seinem Wasser «entweder die jüdische und die ägyptische Flagge gezeigt wird oder keine der beiden», hatte das Ergebnis, daß der Kanal durch den Sand, den der Wüstenwind hinweht, im Tempo von 25 bis 30 cm monatlich versandet. Eine englische Zeitung schrieb, daß in einem weiteren Jahr der Kanal zu nichts taugen würde, als daß man dort Kartoffeln anbauen könne. Nun, das ist übertrieben: Der Suezkanal war bis 1956 nur 33 Fuß tief. Bis 1966 wurde er 6 Fuß vertieft, ist also heute trotz Versandung nur wenig seichter als vor 10 Jahren. Wenn er morgen eröffnet würde, wäre er für die meisten Schiffe, außer für solche von mehr als 50 000 t, sofort befahrbar. Aber die wichtige Änderung seit dem 5. Juni ist, daß gerade in diesem Jahr 1968, in dem die Konzession des Suezkanals nach 99 Jahren an Ägypten zurückfallen sollte, es keinen Kanalbetrieb mehr gibt. Die Errungenschaft Lesseps ist, für den Augenblick wenigstens, verlorengegangen. Das hat auch seine unmittelbare

politische Auswirkung: Das Rote Meer, bis vor kurzem ein Anhängsel des Mittelmeers, ist seither taktisch und politisch vom Mittelmeer getrennt, hat wieder eine eigene, unabhängige Geschichte bekommen.

II.

Die Erwähnung des Suezkanals ist unserem Thema – dem Mittelmeer im Jahre 1968 – vorausgeileit. Kehren wir nun zur Betrachtung der Veränderungen zurück, die Israels Sieg mit sich gebracht hat.

Oberflächlich urteilend könnte man feststellen, wie es auch genug westliche Journalisten und Politiker getan haben, daß dieser Sieg, erstens, ein entscheidender und entschiedener Erfolg für Amerika gewesen sei. Zweitens habe Rußland «ungeheuer» an Prestige eingebüßt – mehr noch als nach seinem Rückzug aus Kuba. Es habe sich gezeigt, daß es außerstande sei, seinen Schützlingen zu Hilfe zu kommen. Drittens habe die «russische militärische Doktrin» versagt. Die nach russischen Lehren ausgebildeten, von russischen Instruktoren gedrillten und (in Syrien wenigstens) von russischen Offizieren im Felde befehligen Syrer und Ägypter seien von den jüdischen Generälen einfach überrannt worden; die russischen Flugzeuge seien den französischen glatt unterlegen gewesen; die russischen Tanks, auch die modernsten Modelle, konnten sich nicht gegen veraltete «Centurions» durchsetzen. Viertens sei der Verlust an russischem Kriegsmaterial – man berechnete den Wert der Beute auf der Halbinsel Sinai allein auf 2 Milliarden Dollar – so groß, daß es auch für die russische Armee keineswegs leicht sei, gleichzeitig die Araber und Nordvietnam aufzurüsten. Fünftens sei die Sperre des Suezkanals ein bitterer Schlag für Rußland und daher ein indirekter Gewinn für die USA: Russische Lieferungen nach Vietnam können nicht mehr den kurzen Weg vom Schwarzen Meer via Rotes Meer nach dem Fernen Osten benützen, sondern müßten den weiten Umweg durchs ganze Mittelmeer und rund um Afrika machen. Sechstens: Die arabischen Verbündeten der Sowjets seien militärisch hilf- und wertlos: Trotz doppelter und manchmal dreifacher Übermacht seien sie von den Israelis sogar dann geschlagen worden, wenn sie in befestigten Höhenstellungen waren, die für unangreifbar gegolten hatten. Daraus folge, daß – nächst der immerhin noch immer prowestlichen Türkei – das prowestliche Israel die weitaus stärkste Militärmacht im Nahen Osten geworden sei und daß dadurch das Kräfteverhältnis im östlichen Mittelmeer zugunsten des Westens verändert wurde.

Selbst wenn man alle diese sechs Behauptungen, mit oder ohne das bekannte *granum salis*, akzeptieren will, ist doch die Schlußfolgerung – daß sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Westens verschoben habe – mehr als zweifelhaft. Vielleicht durfte man so unter dem Eindruck der überraschenden Siegesnachrichten des Juni urteilen; die Entwicklung der folgenden Monate aber hat zumindest eines bewiesen: Der Einfluß Rußlands ist nicht kleiner, sondern größer geworden, und seine «Präsenz» im Mittelmeer droht, dieses zu einem «roten Meer» im weltpolitischen Sinne zu machen. Haben die Sowjets 1967 nur Syrien als ihr Interessengebiet proklamiert (wie wir objektiv genauer sagen müssen, statt das Wort Protektorat zu gebrauchen), so wurde jetzt der ganze Nahe Osten plötzlich zum russischen Grenzgebiet erklärt. Das geschah in einem Artikel der «Prawda» vom 13. April 1968, der sogleich vom Rundfunk verbreitet wurde und in dem – außer den gewohnten Angriffen auf Israel und der Forderung nach dessen bedingungslosem Rückzug aus den eroberten Gebieten – die ominöse Formel vorkommt, daß Rußland an diesen «limitrophen, seinen Grenzen nahe liegenden arabischen Ländern»

besonders interessiert sei. Unter der bekannten Signatur «Beobachter» schreibt die offiziöse Zeitung: «Rußland werde die ihm (durch UNO-Beschlüsse usw.) auferlegte Pflicht (gegen Israel vorzugehen, falls dieses arabische Partisanen jenseits der Waffenstillstandslinie verfolgen werde) erfüllen, als Land, das in *unmittelbarer (!) Nachbarschaft des umstrittenen Gebietes* liegt, sowie als der Staat, der den Kampf der Araber um Gerechtigkeit unterstützt.»

Wir haben zu zeigen versucht, welche weittragende Bedeutung die ähnliche Erklärung Rußlands wegen Syriens vor einem Jahr gehabt hat. Jetzt verteidigt Rußland plötzlich auch die Grenze des (von den USA und Großbritannien noch immer subventionierten und bewaffneten) «reaktionären» Jordaniens. Jetzt ist es auch mit Jordanien «benachbart». Seine Interessensphäre reicht gemäß dem nunmehr erhobenen Anspruch auf das ganze Gebiet, in dem Araber «im gerechten Kampf gegen Israel stehen». Da nun aber sämtliche Staaten der Arabischen Liga (vielleicht mit Ausnahme Tunisiens und möglicherweise auch Marokkos) sich im Kriegszustand mit Israel betrachten, allen voran Algerien, der Sudan und der Irak, von den unmittelbaren Nachbarn Israels abgesehen, kann man diese «Prawda»-Doktrin» als Beginn einer neuen Epoche werten. Bis 1946 war das Mittelmeer eine britische Einflußzone; bis 1956 britisch-französisch-amerikanisch; von 1956 an vorwiegend amerikanisch, aber russisch infiltriert; seit 1968 meldet Moskau, daß zumindest das östliche Mittelmeer ein russisches Reservat geworden sei – mit Ausnahme der israelischen Exklave, die gemäß den «gerechten Forderungen der Araber» liquidiert oder zumindest zu einem unschädlichen Ghettoreduziert werden müßte.

Fast unbeachtet von der Weltmeinung hat damit das kommunistische Rußland einen Neoimperialismus angekündigt, der sich wenig von dem zaristischen Imperialismus unterscheidet. Wie vor zwei, drei und noch mehr Generationen St. Petersburg um «Einflußphären» im Nahen und Mittleren Osten gekämpft hat, wie damals Verträge geschlossen wurden, die einmal in der Türkei, ein andermal in Persien oder in Afghanistan die «russische» Sphäre von der «britischen» abgrenzte, wie damals um jede Konzession für Eisenbahn oder Bergwerk gerungen wurde, weil jede kommerzielle Position Ausgangspunkt für politische Machtstellungen bot, so geht jetzt das neue Rußland im neuen Orient vor. Die alten Herren – Briten, Franzosen, Italiener – sind abgezogen, meist unter eifriger Mitwirkung des antikolonial gesinnten Amerikas. Aber der Orient kennt keinen luftleeren Raum, und die Völker dieser Gebiete sind zu schwach, auf eigenen Beinen zu stehen. So bringt ihnen statt der verhaßten Westler der «progressive» Osten Hilfe. Er liefert Ideologie und Waffen; er instruiert Truppen und Ingenieure; er baut Dämme und Stahlwerke; er kauft Baumwolle und verkauft politische Hilfe in der UNO und militärische «Präsenz» seiner Flotte in den Häfen, seiner Bomber in der Luft, seiner militärischen Berater in den Hauptstädten.

Seit 1945 waren die arabischen Staaten noch nie so wenig unabhängig wie seit dem verlorenen Krieg mit Israel. Rußland ist, vorläufig, der Sieger im Wettstreit mit dem Westen.

III.

Seit dem Jukrieg ist die russische Flotte im Mittelmeer genau so «beheimatet» wie die 6. Flotte der USA; vielleicht heute sogar schon stärker als diese. Sie verfügt vielleicht schon über mehr See- und Luftbasen – von Syrien bis Algerien – als die 6. Flotte. Aber dem Schreiber dieser Zeilen scheint noch wichtiger die Änderung des Verhältnisses der militärischen Kräfte zwischen den kommunistischen und prokommunistischen (das sind die

Staaten der Arabischen Liga mit sozialistischen Programmen) Armeen und Flotten und Luftfлотten einerseits und denen der Westmächte andererseits – und zwar als Folge des Abfalls Frankreichs.

Die Tragweite des Entschlusses de Gaulles, sich auf die Seite der Araber (und damit Moskaus) zu schlagen – unter dem Vorwand, daß «Israel den ersten Schuß abgegeben habe», kann kaum übertrieben werden. Man hat öfters versucht, den Frontwechsel Frankreichs als ein Manöver darzustellen, durch das Paris Einfluß auf die arabischen Staaten *an Stelle* der Sowjets, gewissermaßen im Wettbewerb mit ihnen, gewinnen wolle. Es sei, so sagt man in Paris, sicher für den Westen vorteilhafter, wenn Frankreich als Freund und Beschützer der arabischen Staaten figuriere, als wenn dies das Privileg der Russen bliebe.

Dieses Argument hätte größere Überzeugungskraft, wenn nicht die proarabische Haltung de Gaulles als Teil einer viel komplizierteren allgemeinen Politik Frankreichs aufgefaßt werden müßte. Es ist kaum nötig, an dieser Stelle all die verschiedenen Etappen der Loslösung Frankreichs von der NATO-Bindung im einzelnen aufzuzählen; die Aufkündigung der langjährigen, auch von de Gaulle bekundeten Freundschaft mit Israel war nur ein weiterer – und wahrscheinlich noch nicht der letzte – Schritt auf einem Wege, den ein früherer (1959 bis 1965) Botschafter de Gaulles in Tel Aviv, Jean Bourdeillette, in einem soeben erschienenen Buch folgendermaßen beschreibt:

«Frankreich ist ins sowjetische und arabische Lager übergegangen, nachdem es Israel preisgegeben hatte. Damit wurde ein Blatt unserer Geschichte abgeschlossen. Israel fiel als Opfer auf dem Altar einer Politik, deren zwei Grundlinien sind: Opposition gegenüber den Vereinigten Staaten und Unterstützung der arabischen Länder ...»

Es gibt für Frankreichs Schwenkung gewiß objektive Gründe: die Ölinteressen Frankreichs vor allem in Algerien; Frankreichs (kleiner) Anteil an der Ausbeutung arabischen Petroleums; die Tatsache, daß etwas mehr als die Hälfte seines Brennstoffbedarfes aus Ländern der Arabischen Liga importiert wird ... das alles führt man an, um zu zeigen, daß de Gaulle unter einer Art von Druck handelte. Andere wieder erklärten seine Haltung mit der Notwendigkeit, gute Beziehungen zu *Algerien* zu erhalten, das an Feindseligkeit gegen Israel, zumindest in oratorischen Ermüßen, Ägypten und Syrien noch übertrifft. De Gaulles Entschluß, Algerien zu räumen, 1 Million Franzosen zu evakuieren, das Vermögen von Hunderttausenden von europäischen Familien in Algerien zu opfern, das alles war ja von der Hoffnung bedingt, daß ein algerischer Staat, dem de Gaulle so großzügig die Unabhängigkeit gewährt hatte, mit Frankreich in Freundschaft und inniger (wirtschaftlicher und kultureller) Interessengemeinschaft verbunden bleiben würde. Wenn nun Algerien antiisraelisch war, dann konnte Paris nicht gut proisraelisch handeln.

Andere versuchten, de Gaulles Wandlung psychologisch zu erklären: Seine Eigenliebe sei verletzt worden, weil sein Vorschlag einer Viererkonferenz unter Beteiligung Frankreichs von Präsident Johnson nicht aufgegriffen wurde, weil der Amerikaner mit Kossygin ohne Zuziehung Frankreichs verhandelt habe. De Gaulle habe danach Amerika zeigen wollen, daß man ihn nicht ungestraft ausschalte.

Bei näherer Betrachtung sind freilich alle diese Begründungen recht nichtssagend. Westdeutschland zum Beispiel und Italien sind nicht weniger von Ölimporten aus arabischen Ländern abhängig, Großbritannien noch viel mehr, und diese Staaten haben trotzdem ihre Neutralität nicht aufgegeben, zum Unterschied von Frankreich. Algerien wieder war schon unter Ben Bella im prokommunistischen Fahrwasser und hatte fast sofort nach

Erlangung der Unabhängigkeit in schärfster Weise seiner Feindschaft gegen Israel Ausdruck gegeben – was mit dazu beigetragen hat, daß die gesamte jüdische Bevölkerung dieses Landes, die seit den Tagen Roms im Lande ansässig war, Jahrhunderte vor der arabischen Eroberung, aus Angst vor Pogromen auswandernte ... Trotzdem hatte de Gaulle bis vor 2 Jahren den Ministerpräsidenten Eschkol seiner Freundschaft für Israel versichert und speziell für Ben Gurion besondere Sympathien gezeigt. Was schließlich seine «beleidigten Gefühle» anbelangt: Kossygin hat de Gaulle schon ausgeschaltet, ehe Johnson mit ihm zusammentraf, und gegen die Sowjets zeigte der General ganz erstaunliche Nachsicht und Geduld.

In Wahrheit wird man somit sagen müssen: Die Anti-Israel-Haltung de Gaulles, die sich vor allem in dem einseitigen Embargo gegen die Lieferung der 50 von Israel bestellten und unterdessen (mit 67 Millionen Dollar) restlos bar bezahlten «Mirage-V»-Flugzeugen ausdrückt, während er an den Irak 56 «Mirage» verkauft, steht im Einklang mit seiner allgemeinen antiamerikanischen Politik und mit seinem Wunsch, mit dem Ostblock in ein Freundschaftsverhältnis zu geraten. Es wäre das recht eigentlich eine Erneuerung der alten «Entente»-Politik des Anfangs dieses Jahrhunderts. Für das Mittelmeer aber ist der Ausfall Frankreichs als Faktor in der NATO-Flotte von größter Wichtigkeit.

Vielleicht muß im Zusammenhang damit auch die vorzeitige Rückgabe des Flottenstützpunktes *Mers el-Kebir* an Algerien als Verlustpunkt gewertet werden. Zwar wurden bis jetzt die Gerüchte, wonach Algerien diesen Hafen den Sowjets als Basis überlassen wolle, dementiert, aber die negative Tatsache bleibt bestehen, daß – vielleicht mit Ausnahme eines Hafens in Libyen – die Westmächte keinen einzigen Stützpunkt mehr an der Südküste des Mittelmeeres besitzen – und die Sowjets so viele, wie sie nur wollen. Ihre Flotteneinheiten kreuzen von Algerien bis Syrien, landen «zu Besuch» bald in Port Said, bald in Ägypten, bald in Latakia, bald in Algier oder Oran, während die 6. Flotte praktisch auf Italiens Häfen beschränkt bleibt.

IV.

Eine weitere Änderung nach dem Sechstagekrieg – obzwar nicht gerade wegen dieses Krieges – ist die Rückkehr Jugoslawiens in das orthodoxe sowjetische Lager, soweit es sich um Mittelmeerpoltik handelt. Marschall Tito hatte lange Zeit versucht, gemeinsam mit Indien und Ägypten die «dritte Front» der sozusagen «nicht parteinahmen», aber doch «fortschrittlichen» Staaten zu bilden. Dieses Bestreben führte praktisch zu einem Bündnis zwischen Jugoslawien als einzigm europäischem Land mit den asiatisch-afrikanischen Staaten unter Führung Nasses und der weniger stark betonten Mitwirkung von Indien, Ceylon und Burma.

Die vernichtende Niederlage Nasses im Krieg gegen Israel lehrte Tito, daß seine Politik der «dritten Front» auf Sand gebaut war. Jugoslawien konnte Nasser nicht helfen – und Indien, Ceylon und die anderen «progressiven» Staaten noch weniger. Nur die Sowjets besaßen die Mittel, Ägypten und seine Verbündeten wieder aufzurüsten. Wollte Tito auch nur den Rest seines Einflusses retten, dann durfte er sich nicht auf Reisen nach Kairo und anderen orientalischen Hauptstädten beschränken und dort Vermittlungsvorschläge ausarbeiten, die keinerlei Aussicht auf Berücksichtigung hatten, er mußte sich mit dem neuen «Protektor» der arabischen Länder aussöhnen. Während ein so wichtiger Vasall Rußlands wie Rumänien die Gelegenheit des jüdischen Sieges ergriff, um seine Unabhängigkeit von Moskaus Außenpolitik zu demonstrieren, und nicht nur seine Beziehungen zu Israel nicht abbrach, sondern neue Handels- und Kulturverträge

mit dem zionistischen Staat abschloß, gab Tito seine bisherige unabhängige Politik auf; wie Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und Ostdeutschland rief auch Jugoslawien seinen Botschafter aus Tel Aviv zurück, beteiligte sich an Konferenzen, die von Moskau einberufen wurden, kehrte in den Schoß der Kremlpolitik zurück.

Auch dies ist als Ausweitung russischen Einflusses im Mittelmeer zu werten. Die gewaltigen Summen, welche die USA in Subventionen für das «neutrale», antirussische Jugoslawien im Laufe der Jahre investiert hatten, werden wohl abgeschrieben werden müssen.

Über Albanien, Chinas europäische Exklave, braucht in diesem Zusammenhang nichts gesagt zu werden. Wichtiger ist wohl die Politik der NATO-Mächte in beziehungsweise gegen Griechenland, wo letzthin der Jahrestag des Rechtsputsches gefeiert wurde.

Vom Standpunkt reiner Machtpolitik hätten die Westmächte eigentlich diesen Putsch begrüßen müssen: Erfahrung hat gelehrt, daß der Unterschied zwischen «linksradikalen» und «prokommunistischen» Parteien und Politikern sehr oft sehr klein, der Unterschied aber zwischen «prokommunistischen» und «kommunistischen» Gruppierungen oder Regierungen einfach nicht existent ist. Auch von anderem Standpunkt aus hätte die griechische Offiziersregierung den Westmächten einen kleinen Seufzer der Erleichterung abringen müssen – die Zyprioten hatten zu starke Linkssympathien, als daß sie sich einem konservativen Griechenland anschließen wollten; die «Enosis»-Bestrebungen nach Vereinigung mit dem Mutterland hörten auf, aktuell zu sein; Erzbischof Makarios war damit höchst zufrieden, und damit war immerhin ein Hindernis für eine Versöhnung der Türkei mit den Westmächten aus dem Weg geräumt.

Wie man weiß, reagierte aber die öffentliche Meinung der NATO-Mächte auf den Offiziersputsch in Athen ganz anders. Es ist nun einmal eine Art politischen Naturgesetzes, daß jeder Putsch, jede Diktatur, jedes Blutvergießen – und sogar die Verwendung von Giftgas gegen Zivilbevölkerung in Jemen – verziehen oder sogar gebilligt wird, wenn dies im Namen eines «sozialistischen» oder «progressiven» Regimes geschieht. Wenn aber einmal ausnahmsweise «konterrevolutionäre» Elemente die Macht an sich reißen, dann sind alle Gutgesinnten darüber empört. So geschah es im Kongo, so in Ghana; deshalb genießt der Vietkong alle und Südvietnam gar keine Sympathien in der bürgerlich-liberalen Welt. Und deshalb blieb die Rechtsregierung in Griechenland in halber Ächtung seitens ihrer NATO-Verbündeten. Inwieweit auch dies zu einer Schwächung der Westmächte beitragen mag, ist schwer zu entscheiden.

Sicher ist aber, daß dieser Konflikt nicht dazu beitrug, die Türkei davon abzuhalten, Annäherungsversuche an Rußland fortzusetzen – gemeinsam mit Persien, das auch seinerseits Konsequenzen aus der zaghaften Politik Amerikas und aus dem Ausscheiden Großbritanniens aus dem Persischen Golf zieht. Die Türkei hat wieder und wieder Freundschaftserklärungen an die Adresse der Araber gerichtet – die rituelle Formel dafür lautete in der Vergangenheit, man billige «die gerechten Ansprüche des palästinensischen Volkes», heute heißt es, daß man «die bedingungslose Räumung der von Israel besetzten Gebiete gemäß den Beschlüssen des Sicherheitsrates» verlange, ja in türkischen Zeitungen beginnen antisemitische Artikel zu erscheinen, was um so bezeichnender ist, als in der Türkei (nach Abwanderung von fast 100000 Juden) kaum mehr als 26000 Juden übriggeblieben sind. In der Türkei wie in Polen ist Antisemitismus oder Antizionismus ein Thermometer, das anzeigt, bis zu welchem Grade die Annäherung an die Araber einerseits, an die Sowjets andererseits fortgeschritten ist.

V.

Bleibt die Nahostfront im engeren Sinn zu besprechen: Hier ist die Lage beinahe grotesk. Das kleine Israel hält noch immer alle Staaten der Arabischen Liga in Schach; zwar behauptet Nasser, daß die ägyptische Armee – nach Heimkehr aller ihrer Truppen aus Jemen – stärker sei als je; zwar schätzen sogar vorsichtige westliche Beobachter, daß er mindestens 80 % seiner Verluste von Rußland ersetzt bekommen habe¹, mit zum Teil noch moderneren Waffen als früher. Es sind sich alle Fachleute einig, daß Syriens Armee völlig wiederaufgerüstet sei. Jordanien hat zwar noch keinen Ersatz für seine kleine Flugwaffe bekommen, die von den Israelis vernichtet worden ist, dafür aber stehen 15000 irakische Soldaten im Jordantal und bei Amman, und die irakische Luftflotte sollte eigentlich Jordanien decken.

Trotzdem ist es geradezu ein Dogma arabischer Politik, daß Israel allen arabischen Armeen zusammen überlegen sei – daß man Israel nicht im Felde besiegen, sondern nur durch «politischen Druck» oder russische Intervention zum Rückzug aus seinen Stellungen zwingen könne. Freilich versuchen die arabischen Führer, eine Zwischenlösung auszuarbeiten, die ihnen den Vorwurf ersparen soll, ganz untätig zugesehen zu haben, während Israel sich im eroberten Gebiet allmählich installiert. Diese Zwischenlösung soll die Schaffung eines «Vietkongs in Israel» sein – durch Irredenta, durch Einschleusung von Partisanengruppen nach dem besetzten Gebiet will man die dort lebenden Araber zum Aufstand, zum Guerillakrieg aufrufen und außerdem durch Sabotageakte, vor allem durch Legen von Minen auf Straßen, Tod und Verderben in die Reihen der Israelis tragen. Dadurch sollen mehrere Zwecke gleichzeitig erreicht werden: Erstens soll der Weltöffentlichkeit gezeigt werden, daß die Araber den Kampf gegen Israel trotz Feuereinstellung nicht aufgegeben haben; sie haben auf das verlorene Gebiet keineswegs verzichtet, auch nicht stillschweigend. Zweitens sollen die in Jordanien, Syrien, Libanon lebenden ehemaligen Palästinenser beschäftigt werden; sie sollen sich nicht über das Versagen der arabischen Regierungen und Armeen beklagen, sondern zeigen, was sie selber können. «Erobert euer Heimatland», heißt der Slogan, in dem Nasser, Hussein und Syrien einig sind. Drittens rechnet man damit, daß die Maßnahmen, die Israel gegen die Irredentisten ergreifen muß, dieses die Sympathien aller Fortschrittlichen kosten muß, denen man, sophistisch, die palästinensischen Partisanen als Ebenbild des Antinazi-Untergrundes vorstellt. Der nächste Schritt würde sein, die Israelis mit den Nazis gleichzusetzen (was tatsächlich schon geschehen ist, so absurd der Vergleich auch ist). Viertens konnte erwartet werden, daß Israel – wie in der Zeit vor dem Sechstagekrieg – Strafexpeditionen gegen die Partisanen sowie gegen die Stellungen, aus denen sie israelisches Territorium angreifen, unternehmen würde – und dann konnte mit Sicherheit erwartet werden, daß die UNO-Instanzen Israel wieder verurteilen werden, während das russische Veto die Araber beschützt. Die USA haben bekanntlich noch nie von ihrem Vetorecht Gebrauch gemacht, also würden sie dies auch in Zukunft und vor allem nicht zugunsten Israels tun. Fünftens mochte man damit rechnen, daß Israel, der andauernden Verluste an Menschenleben müde, leichter zum Rückzug aus dem eroberten Gebiete bewogen werden könnte, als wenn man es dort in Ruhe ließe.

Die Ereignisse der letzten 11 Monate haben gelehrt, daß nur ein kleiner Teil dieser Erwartungen berechtigt ist. Von einem

¹ In einer Rede an die ägyptischen Studenten am 24. April 1968 sagte Nasser, Rußland habe sämtliche Verluste an Flugzeugen, Tanks und Artillerie ersetzt und einen Teil dieser Lieferungen *gratis* gegeben, weil Ägypten sie nicht bezahlen konnte.

Vietkong in Israel war keine Rede. Die Araber der besetzten Gebiete sahen ruhig zu, wie die Sicherheitsbehörden Israels über 1000 Mitglieder der verschiedenen Untergrundbewegungen verhafteten und damit diese Organisationen lahmlegten. Nur ganz vereinzelt kam es in den letzten Monaten zu Terrorakten innerhalb des besetzten Gebietes, zum Beispiel Erschießung eines drusischen Polizisten am Marktplatz in Hebron. Ansonsten spielten sich fast alle Kampfhandlungen in einer Zone von wenigen Kilometern diesseits des Jordans ab. Auch die Verluste an Menschenleben blieben auf Seiten der Israelis erträglich: hauptsächlich durch Minen, viel weniger durch andere Terrorakte kamen seit Kriegsende etwa 30 Soldaten und Zivilisten ums Leben. Verlustreicher waren allerdings die Gefechte bei der Verfolgung von Partisanen. Jordanische reguläre Truppen pflegen diesen Feuerdeckung zu gewähren, beschossen aber jüdische Stellungen auch ohne solchen Anlaß. In Kämpfen mit diesen und ägyptischen Truppen, bei Artillerieduellen, bei Abschuß von Flugzeugen und bei Versenkung des Zerstörers «Elath» verloren die Israelis seit Kriegsende über 100 Tote, davon allein bei der Expedition gegen Karameh (einschließlich später verstorbener Schwerverwundeter) über 30. So schmerzlich für das kleine Land diese Blutopfer auch sind, so wenig fallen sie in die Waagschale, wenn es sich um die Entscheidung über die Zukunft der besetzten Gebiete handelt.

Es wird noch über die strategische Bedeutung dieser Gebiete zu sprechen sein. Vorher sei aber etwas über die Organisation und militärische Bedeutung der Partisanen gesagt. Sie haben recht eigentlich die Lunte angezündet, die zur Explosion des Junikrieges geführt hat. Sie können es durchaus in naher Zukunft wieder zur Erneuerung des Krieges bringen, von dem niemand voraussagen kann, ob er zur militärischen Einmischung Rußlands Anlaß geben mag. Diese letztere Möglichkeit hat vor nicht langer Zeit der israelische Premierminister Eschkol in einem Interview offen erwogen – mit dem für einen so gemäßigten Politiker überraschenden Zusatz: «Dann werden wir eben bis zum letzten Mann gegen Rußland kämpfen ...» Ein Ausspruch, wie ihn sehr wenige Staatsmänner anderer Nation heute sich erlauben würden.

Von unwichtigen Splittergruppen abgesehen, gibt es in diesem Augenblick nur zwei wirklich aktionsfähige und auch außenpolitisch wichtige Organisationen palästinensischer Partisanen, von denen jede von einem anderen Staat unterstützt wird und von ihm politisch und finanziell abhängt.

Die wichtigere der beiden war bis zum Junikrieg die von dem ehemaligen Advokaten Schukeiri geführte «Befreiungsarmee»; sie hatte ihren Stützpunkt im Gazastreifen, mobilisierte sowohl Soldaten für ihre zwei Brigaden, die militärisch gut ausgebildet waren, als auch Agenten für Spionage und Terroraktionen. Solange die UNO-Truppen die Grenze zwischen Israel und Gaza bewachten, kam es nur ganz selten zu Terrorakten, und auch die «Armee» Schukeiris war untätig. Im Krieg selbst schlug sich diese Truppe überraschend gut und erlitt, weil sie sich nicht ergeben wollte, sehr schwere Verluste. Eines ihrer «Regimenter», das palästinensische Bataillon 141 – orientalische Phantasie liebt hohe Zahlen, scheint es – wurde jetzt auf dem Seeweg über Syrien nach Jordanien gebracht und steht an der Jordanfront. Schukeiri selbst war vom Kriege in Amman überrascht worden, setzte sich zuerst nach Syrien, dann nach Kairo ab und wurde dann auch wirklich «abgesetzt». Man warf ihm alles mögliche vor, vor allem Herrschsucht, die angeblich schuld war, daß die diversen Terrororganisationen sich nicht zu einer Einheit hätten zusammenschweißen lassen. An seine Stelle wurde einer seiner Leutnants, Hamudi, gewählt – dem gelang es aber auch nicht, die erstrebte Einigkeit herbeizuführen. Die Gründe zur Spaltung

lagen nämlich tiefer als in der Person dieses oder jenes Kommandanten: Die «Befreiungsfront» war von Nasser aufgestellt worden und blieb ihm hörig.

Die zweite Großorganisation, «El Fatah» mit ihrer paramilitärischen Formation «El-Aassifah», war von Syrien (und Algerien) aufgezogen, von Syrien instruiert und finanziert und für Syriens politische Zwecke – also zum Beispiel gegen den «reaktionären» König Hussein – eingesetzt worden. Kein Wunder, daß es in der Vergangenheit keine Zusammenarbeit der beiden Gruppen gab. Eher ist erstaunlich, daß auch jetzt – auch nach Absetzung Schukeiris, auch nach den schweren Schlägen, die Israel den Partisanen im Jordantal, am 21. März 1968 in Karameh, wenige Tage später im Angriff der Luftwaffe auf das zweite Partisanenzentrum Schuneh versetzt hatte – diese Einigung ausblieb.

Im Gegenteil. Die Syrer zeigten ihre Feindseligkeit gegen die ägyptisch orientierten Partisanen in krasser Weise: Mitte April 1968 wurden in Damaskus drei Führer der «Befreiungsfront» verhaftet. Als Hamudi, der zu diesem Zweck nach Beirut geeilt war, dagegen protestierte, wurde noch ein vierter eingesperrt ...

Unterdessen ging es auch der syrischen «El Fatah» nicht zu gut. Ihr Führer und einer ihrer Gründer – unter dem Nom de guerre Abu Amar legendär – war an dem Tage, an welchem die Israelis Flugblätter über dem Ort abwarf und ihren bevorstehenden Anmarsch ankündigten, in Karameh. Der 38jährige Kommandant, dem die Syrer die Charge eines Obersten verliehen hatten, verteilte selbst Waffen unter seine Leute, mahnte zu heldenmütigem Widerstand – und verließ dann das Lager, «setzte sich nach Damaskus ab» und wurde dann, wie sein Gegenspieler Schukeiri, auch seinerseits abgesetzt. Sein Name wurde bekanntgegeben (Jasser Arafaat), und er wurde zum «Sprecher» der Organisation ernannt ... das heißt entmachtet.

Inzwischen meldet man aus Jordanien, daß dort ein drittes Partisanenkorps aufgestellt wird, unter dem Befehl des Bruders des Königs Hussein, des Emirs Scherif Hussein, das – wenn sich die Nachrichten bewahrheiten sollten – sicherlich den Zweck hatte, syrische und ägyptische Intrigen auszuschalten und eine königstreue Terroristengruppe zur Verfügung zu haben. Die neue Garde wird vor allem von Leuten gebildet, die aus der «El-Fatah»-Organisation nach ihren letzten Niederlagen ausgetreten sind.

Das militärische Problem, das aus diesen Irredentagruppen für Israel erwächst, ist weniger schwer zu lösen als das damit verbundene politische Problem. Den Jordanfluß so abzuschirmen, daß keine Schleichpatrouille über ihn setzen kann, ist an und für sich schwer: Der Fluß ist so seicht, daß er an Dutzenden Stellen durchwatenden Soldaten kaum bis zu den Oberschenkeln reicht. Er fließt sehr langsam – auf 100 km Luftlinie vom Tiberiassee bis zum Toten Meer kommen nicht weniger als 300 km Schlingen und Windungen des Stromes. Auf der Feindseite, dem Ostufer, sind Gebirgszüge so nahe vom Tal, daß von dort aus jordanische Artillerie die Flußübergänge leicht unter Feuer halten und ihre Kommandotrupps decken kann. Um unter solchen Umständen die Grenze hermetisch abzuriegeln, müßten am Westufer Verhause und Minenfelder derart angelegt werden, daß der Fluß selbst Niemandsland würde. Dagegen sprachen bisher zwei Gründe: ein psychologischer und ein politischer. Der letztere heißt: Die Waffenstillstandslinie geht durch die Mitte des Stromes, wie früher die internationale Grenze zwischen dem Mandatsland Palästina und Jordanien. Ein «eiserner Vorhang» nach dem Muster Ostdeutschlands oder der ungarischen Grenze mit Österreich müßte nicht nur den Strom selbst, sondern auch das Terrain zwischen den vielen Windungen preisgeben, würde Verzicht auf die alte Grenze andeuten. Das militärische Argument war die

bekannte Furcht des Generalstabs des Zahal vor der «Maginot-Ideologie»: Die Juden sollen nie an Defensive denken, stets nur an die Notwendigkeit des Gegenangriffs. Abriegelung der Grenze durch Befestigungen würde diese Erziehung zum Angriffsgeist schwächen ...

Nun hat die Entwicklung der *außenpolitischen* Lage seit dem Angriff auf Karameh den Zahal gezwungen, seine Politik zu ändern. Es mag gestattet sein, die Motivierung dieser Aktion mit den Worten des Generals Herzog (im Radio Jerusalem, 23. März 1968) wiederzugeben, um die militärische Situation vor und nachher zu beleuchten. Der Generalstab erklärte, diese Aktion sei keineswegs eine der früher üblichen «Straf- oder Vergeltungsmaßnahmen» gewesen, wie man in Israel deshalb geglaubt hatte, weil sie nach besonders aufsehenerregenden Terrorakten – ein Autobus mit Schulkindern fuhr nahe von Elath auf eine Mine; 2 Erwachsene wurden getötet und 26 Kinder verwundet; ein Jeep eines Kibbuz im Jordantal fuhr auf eine Mine und 4 Zivilisten wurden getötet – erfolgt war. Der Angriff auf Karameh erfolgte nicht deshalb, sondern weil der Nachrichtendienst Konzentration starker Kräfte von «El-Fatah»-Leuten bei Karameh gemeldet hatte und man wußte, daß Massenangriffe im Jordantal und südlich des Toten Meeres bevorstünden. Es sei «eine Präventivmaßnahme» gewesen, keine Vergeltung. Zu diesem Zweck seien zwar nicht, wie Jordanien meldete, 15000 Mann eingesetzt worden, aber immerhin einige tausend; es war «die größte militärische Aktion des Zahals seit dem Krieg». «400 km² jordanischen Gebietes wurden dabei besetzt und planmäßig 15 Stunden gehalten; 150 Partisanen wurden getötet, 138 gefangengenommen, mindestens 30 jordanische Tanks wurden vernichtet – die Zahl der gefallenen Legionäre müsse auf mindestens 100 geschätzt werden.» Die eigenen Verluste, die (zum erstenmal in der Geschichte Israels) im Felde zurückgelassene, in Brand geschossene Tanks einschlossen, seien demgegenüber gering. (Es waren immerhin gegen 30 Tote und 70 Verwundete – fast alle fielen als Opfer des Verbotes «von oben», die regulären Truppen der Jordanier anzugreifen oder den Vormarsch weiter gegen Amman fortzusetzen. Die israelischen Truppen mußten am Fuße der Hügelkette halten und wurden von den beherrschenden Höhen aus mit Artillerie- und Tankfeuer beschossen.)

Das *militärische* Resultat dieser Aktion (und zweier späterer Angriffe auf jordanisches Territorium) war zufriedenstellend: das Jordantal wurde von den Terroristen geräumt, die sich ins Gebirge zurückzogen. Im Laufe des nächsten Monats kam es nur zu vier Infiltrationsversuchen von Banden in Stärke von 6 bis 9 Mann; dabei wurden 18 Partisanen getötet und 6 verwundet gefangengenommen, während die Juden in dieser Zeit 2 Tote und 1 Verwundeten zu beklagen hatten.

Aber die *russische Drohung*, in Hinkunft auf Überschreiten der Waffenstillstandslinie zu reagieren, sowie die Mahnungen der USA, sich von Aktionen zurückzuhalten, die zur Verschärfung der Lage beitragen könnten, hatten ihre Wirkung. Einen Monat nach Karameh teilte Radio Jerusalem wieder durch den Mund des Brigadiers Herzog mit, daß man beschlossen habe, die Jordangrenze durch einen «elektronisch gesicherten» Zaun und Minenfelder abzuriegeln sowie gegen massivere Angriffe von Partisanen die «Skyhawks» und Helikopter einzusetzen, statt die bisherigen Kampfmethoden anzuwenden.

Außerdem warnte Generalstabschef Barlow (ein Wiener von Geburt), daß Israel ebenfalls zur Methode des «Terrors» auf arabischem Gebiet übergehen könne – was darunter verstanden werden soll, ist unklar. Die Jordanier meinen, daß Israel ebenfalls Minen auf den Straßen jenseits des Jordans legen würde. Die Zukunft wird lehren, was dabei herauskommt.

Die *strategische* Bedeutung des Terrorkrieges ist bisher gleich null. Im Jordantal liegt, soviel bekannt ist, nur eine einzige jordanische Brigade, etwa 3000 Mann stark, dazu vielleicht 60 Tanks und 100 Artilleriestellungen, von denen freilich nicht alle gleichzeitig bestückt sind. Eine Batterie von «Long-Tom»-Geschützen wurde durch einen israelischen Flieger vernichtet; seither sind keine Langrohrgeschütze mehr in Erscheinung getreten. Ferner liegen an der Grenze außer dem schon erwähnten Feddayinbataillon 141, das in Ägypten als Kommando ausgebildet wurde, noch das irakische Bataillon 421; etliche Offiziere und Soldaten dieser Einheit wurden bei Karameh getötet. Die Zahl der ständig unter Waffen stehenden Partisanen wird kaum 2000 Mann erreichen; dazu kommen allerdings noch etliche tausend, die sich den Organisationen angeschlossen haben, aber nur von Zeit zu Zeit Dienst mit der Waffe machen. Wieviele Kämpfer bereit sind, an Kommandoaktionen teilzunehmen, ist eine andere Frage. In Israel schätzt man ihre Zahl auf höchstens einige hundert, vielleicht weniger als 200 Mann.

Die *Kampftüchtigkeit* sowohl der Partisanen als auch der jordanischen und irakischen Regulären wird nach wie vor recht niedrig gewertet. Beim Kampf um Karameh machte die Legion nicht den geringsten Versuch, zum Gegenangriff überzugehen; die Iraker machten nicht den geringsten Versuch, den Jordanier zu Hilfe zu kommen – von den Instruktoren der Partisanen abgesehen. Die irakische Luftwaffe griff überhaupt nicht ein. Das Problem des Partisanenkrieges mag psychologisch-propagandistisch sein und mag politische Bedeutung haben, strategisch und sogar taktisch ist es bis jetzt unwichtig. Auf Israels Friedenspolitik hat es so gut wie gar keinen Einfluß.

VI.

Diese Friedenspolitik ist bisher nur in einem *negativen* Punkt umrissen: «Kein Rückzug aus den besetzten Gebieten, ehe Frieden geschlossen oder zumindest ernste Friedensverhandlungen begonnen werden.» Aber welche Gebiete im Falle solcher Verhandlungen preisgegeben werden sollen, darüber sind die Meinungen geteilt.

Grob umrissen, gibt es in Israel zwei Schulen in bezug auf die Friedenspolitik: An der Spitze der einen steht Außenminister Abba Eban, der Wortführer der zweiten innerhalb des Kabinetts ist Arbeitsminister (Reservegeneral) Alon.

Abba Eban glaubt – oder sagt, daß er glaube, was aufs gleiche herauskommt – an die Möglichkeit eines Friedensvertrages mit den Arabern oder wenigstens mit Jordanien; daher will er alle Maßnahmen vermeiden, die den Beginn von Verhandlungen erschweren könnten. Dazu gehört seiner Meinung nach jede Besiedlung ehemals jordanischen Gebietes durch Juden. Seine Formel für künftige Gespräche am runden Tisch ist: «Die Grenzen von morgen werden weder die vom 4. Juni 1967 noch die der momentanen Waffenstillstandslinien sein.»

Hinter dieser diplomatischen Formulierung verbirgt sich eine klare Vorstellung von dem, was Israel – nach Meinung dieser Schule – *nicht* zu seiner Entwicklung braucht, ja was direkt als *schädlich* betrachtet wird: Das wäre *Anschluß* der arabischen Gebiete des ehemaligen palästinensischen Mandatslandes mit seinen rund 950000 Mohammedanern und Christen. Abgesehen davon, daß ein Frieden mit Hussein kaum denkbar ist, außer wenn er den größten Teil des ehemals jordanisch okkupierten Gebietes zurückhält, fürchtet diese Schule die *Überfremdung* als Folge einer Annexion dieser Provinzen. Der jüdische Charakter des Staates Israel werde verlorengehen, wenn dort heute 35 % Araber leben. Dank ihrer viel rascheren Vermehrung aber (30 Promille und mehr, gegenüber 15 Promille Geburtenüberschuß der Juden)

würden sie morgen eine noch stärkere Minderheit ausmachen, mit all den Problemen, die Minderheiten vor allem dann mit sich bringen, wenn sie von Konnationalen jenseits der Grenze aufgehetzt werden. Aber auch *moralische* Argumente werden ins Treffen geführt: Es sei gerade für Juden untragbar, über eine Fremdnation zu herrschen. Schon die Einverleibung Ostjerusalems mit seinen 67000 Nichtjuden habe die Zahl der Minderheiten auf fast 400000 erhöht – das sei so ziemlich das Maximum, das (für die 2400000 Juden des Landes) erträglich sei. «Wir wollen keine Imperialisten sein», wird oft gesagt.

Diese demographisch-politische Anschauung schließt allerdings nicht aus, daß Gebiete, in denen keine Araber leben und die strategisch wichtig sind, einverleibt werden. Das würde zum Beispiel für das etwa 1200 km² große Gebiet gelten, das den Syrern abgenommen wurde und wo nur 6000 Drusen übrig geblieben sind – die Drusen gelten als zuverlässige Freunde der Juden. Das gilt aber auch für die Sinaiwüste. Dort leben etliche tausend Beduinen, die auch keine Feindschaft gegen Israel hegen. Aber merkwürdigerweise sprechen auch die lautesten Vertreter der Richtung Abba Ebans immer nur von den starkbesiedelten Gebieten des ehemaligen Mandatslandes und schweigen über ihre An- und Absichten bezüglich der Sinaihalbinsel, des syrischen Plateaus und der Wüstengebiete östlich von Hebron, am Ufer des Toten Meeres, die alle strategisch wichtig wären.

Nur aus indirekten Anzeichen läßt sich – vielleicht – schließen, daß man selbst in den zu Verzicht neigenden Kreisen die Möglichkeit erwägt, zumindest einen Großteil dieser Wüstenstriche zubehalten: Auf dem syrischen Hochplateau sind bis jetzt immerhin sieben Wehrdörfer gegründet worden oder in Planung; im Sinai-gebiet werden Straßen, Wasserleitungen und permanente Armee-unterkünfte gebaut, vorgeschoene Flugfelder angelegt, kurz, Ausgaben gemacht, die nur dann Sinn haben, wenn an Dauerbesetzung gedacht wird.

Die Gegner Abba Ebans, und deren sind viele, lehnen seine Prämissen ebenso wie seine Schlußfolgerungen ab. Sie werfen ihm vor, daß seine Reden und Interviews die internationale Stellung Israels direkt schädigen, denn «die Araber seien durch territoriale Zugeständnisse nie und nimmer zufriedenzustellen; sie hätten 1937 den Vorschlag der Peel-Kommission abgelehnt, der den Juden ein Gebiet von 4000 km² zusprechen wollte; sie lehnten 1938 eine Modifizierung dieses Planes ab, der ihnen nur 2000 km² – weniger als Luxemburg – in Aussicht stellte; sie akzeptierten 1947 nicht den Judenstaat der UNO mit 14000 km², und seit 1949 wollten sie keinen Frieden schließen, obwohl die Waffenstillstandsbedingungen dies ausdrücklich vorgesehen hatten. Wie könnte man sich vorstellen, daß sie jetzt wegen dieses oder jenes territorialen Verzichtes ihre Politik ändern würden?»

Mit anderen Worten: Die «Falken» im Jerusalemer Kabinett halten Friedensverhandlungen mit den Arabern für so wenig aussichtsreich, daß sie nicht nur jede Erklärung über einen eventuellen Rückzug israelischer Streitkräfte aus den momentanen Stellungen für zwecklos ansehen, sondern daß sie im Gegenteil die unverzügliche *Besiedlung* der bisher rein arabischen Gegenden durch jüdische Landwirte, durch Niederlassung von Gruppen in den Städten, durch Errichtung neuer Industrien verlangen – gerade mit der Absicht, dadurch einen Druck auf die arabischen Staaten auszuüben, ihnen zu beweisen, daß jeder weitere Zeitverlust nur die «Präsenz» der Juden in den «neuen» Gebieten verstärken würde.

Das «demographisch-politische» Argument lehnen die «Falken» ab; die jüdische Geburtenrate könne unverzüglich bedeutend verbessert werden, wenn nur die Regierung entsprechende fiskalische Maßnahmen zugunsten kinderreicher Familien treffen

würde – etwa nach dem Muster der französischen sozialen Gesetzgebung. Auch die *Einwanderung* aus den Ländern des Westens könne auf ein Vielfaches der 21000 Immigranten von 1967 gesteigert werden, wenn erstens die Einwanderer sicher wären, daß Israel die neuen Gebiete behalten und dadurch viel größere Entfaltungsmöglichkeiten für westlich erzogene, bürgerlich eingestellte Menschen bieten würde als das kleine, an Naturschätzten arme Israel von gestern, und zweitens, wenn der erstarrte Marxismus der «alten Garde», zu der ein Großteil der gegenwärtigen Minister, angefangen bei Eschkol (70) und dem Finanzminister Sapir (59), gehört, durch liberalere Wirtschaftstheorien abgelöst würde. Statistisch ausgedrückt: Wenn die 130000 Araber des «Groß-Israel» sich selbst um 50000 jährlich vermehren würden (das heißt rund 40 Promille, viel mehr als bisher) und die 2400000 Juden sich nur um 25 Promille vermehren, wie dies in den fünfziger Jahren der Fall war, wäre der jüdische Geburtenüberschuß schon größer als der arabische! Wenn dazu noch eine Einwanderung von nur 30000 bis 40000 (Überschuß über Auswanderung) käme, wie dies bis 1965 der Fall war, bestünde keine Gefahr, daß die Ratio Juden versus Araber verschlechtert würde.

Dazu kommt noch ein Argument, das gewöhnlich nur leise angedeutet wird. Im vergangenen Jahr hat sich die arabische Bevölkerung nicht nur nicht vermehrt, sondern entschieden *vermindert*. Seit der Volkszählung im Herbst 1967 seien – nach Meldungen der UNRA-Kommission für die Flüchtlinge – allein aus dem Gazastreifen (wo damals 350000 Einwohner gezählt wurden) nicht weniger als 40000 Araber nach Jordanien übersiedelt; etliche tausend seien weiter nach Kuweit und den Fürstentümern des Persischen Golfs gegangen.

Es ist wahrscheinlich, daß die *Auswanderung* aus den eroberten Gebieten auch in Zukunft anhalten wird, schon allein deshalb, weil die arabischen Staaten die Geldüberweisungen seitens der in ihrem Bereich lebenden Angehörigen an ihre Familien im besetzten Gebiet verboten haben. Ihre Absicht war, Israel fremde Valuten vorzuenthalten. Das Ergebnis aber war, daß Eltern, Gattinnen, Geschwister, Kinder der Valutaverdiener, die in Jordanien, im Irak, in Kuweit, Saudiarabien, Aden usw. sitzen, nach Jordanien oder nach Ägypten auswandern, um ihren Geldsendern nahe zu sein.

Wollte man den jordanischen Angaben glauben, dann wären im letzten Halbjahr allein an die 100000 Menschen über den Jordan gegangen. Aber auch wenn nur die Hälfte davon stimme sollte, wäre das mehr als der Geburtenüberschuß eines ganzen Jahres.

VII.

Vom strategischen Standpunkt aus ist Israel in den heutigen Grenzen ein ganz anderer Faktor als das winzige Land vor einem Jahr. *Wirtschaftlich* ist es unvergleichlich gesünder; seine Landwirtschaft erzeugt mehr, als die Bevölkerung verbrauchen kann; der «Butterberg» und die «Eierschwemme» und der Milchüberschuß existieren in Israel wie in den Alpenländern; Obst, Gemüse, Hühner sind Exportartikel. Die *Erdölversorgung* ist seit Eroberung der Sinaihalbinsel kein Problem mehr. Israel exportiert heute Petroleum, und wenn die neue, vom Parlament bereits beschlossene Pipeline vom Golf von Akaba nach Aschkalon am Mittelmeer zusätzlich zu der schon bestehenden kleineren Ölleitung gelegt wird, wird damit der Suezkanal für Öltransporte umgangen und die Entwicklung neuer Industrien ermöglicht werden.

Weiters: Ein Blick auf die Landkarte zeigt, daß das Israel von heute einen mächtigen Keil zwischen Ägypten und die Halbinsel Arabien getrieben hat; früher war der Keil auch da, aber – bei

Elath – nur 11 km breit. Heute ist er 200 km breit, und das ist schon etwas, selbst in den Zeiten der Jetflugzeuge. Die Lage ist auch logistisch umgekehrt: Früher lagen Jerusalem und Tel Aviv in Reichweite jordanischer Feldgeschütze, und die Ägypter standen bei Gaza weniger als 80 km von Tel Aviv. Heute stehen die Juden 50 km vor Damaskus und Amman, 150 km vor Kairo oder Alexandrien ...

Trotzdem ist das Kräfteverhältnis *zahlenmäßig* zuungunsten Israels geändert worden. Israel mußte die Dienstzeit für Männer und Mädchen verlängern; die Mädchen dienen statt 18 nunmehr 24 Monate, und während früher die Praxis war, jedes Mädchen, das sich vom Militärdienst unter irgendeinem Vorwand drücken wollte, ziehen zu lassen, ist man jetzt wieder strenger geworden. Man braucht die Hilfskräfte, um die Frontdienstfähigen zu entlasten. Männer dienten früher 30, jetzt 36 Monate und werden gewöhnlich gleich anschließend an diesen Pflichtdienst für 2 weitere Monate «Reservedienst» zurückbehalten – sind dann allerdings 2 Jahre von Einberufungen theoretisch frei. Das soll nicht nur die Schlagkraft durch den längeren Dienst erfahrener Veteranen erhöhen, es *verbilligt* auch die Kosten der Armee. Denn Reservisten, die zum Heer gerufen werden, erhalten 70 bis 80% ihres Lohnes vergütet; die «Längerdienden» stehen noch in keinem Beruf und erhalten daher nur ihre gewöhnliche Löhnnung weiter – 6, 7 oder 8 Dollar *monatlich*. Da außerdem die Grenzen viel kürzer als früher (die jordanische Grenze um rund 250 km, die ägyptische um etwas über 100 km) und viel leichter zu verteidigen sind – vor allem die 160 km des Suezkanals können als fast restlos sicher betrachtet werden –, ist die pekuniäre Belastung Israels durch den fortduernden Kriegszustand recht gering – soweit es die Erhaltung der stehenden Armee betrifft.

Anders aber ist die Last der Modernisierung und Komplettierung der technischen Rüstung, die nötig ist, wenn man den arabischen Rüstungen ebenbürtig bleiben will. An erster Stelle steht da die Schwierigkeit, die Luftwaffe zu erneuern. Das Embargo auf die schon bezahlten «Mirage V» hat Israel schmerzlich getroffen. Die amerikanischen «Skyhawk» sind kein Ersatz, können sich mit den MiG 23, die Ägypten jetzt zum erstenmal erhalten hat, nicht messen und sind vielleicht auch nicht den 200 MiG 21, über die Nasser jetzt verfügt, gewachsen. Im Juniukrieg verloren Ägypten und Syrien zusammen nur 143 MiG 21; während ihre Luftwaffe heute stärker ist als früher, konnten die Juden ihre – viel geringeren – Verluste an Flugzeugen erster Linie überhaupt nicht ersetzen und blieben schwächer als vorher. Auch die Tanks, die Nasser erhielt – T 54 und T 55 –, sind den alten Modellen, die er eingebüßt hat, überlegen, und es ist ein geringer Trost, daß auch Israel heute, aus der Kriegsbeute, über

eine stattliche Anzahl von T 54, T 55 und «Stalin»-Tanks verfügt. Schließlich mußte Israel, nach der bitteren Erfahrung mit der Versenkung der «Elath» und dem rätselhaften Verschwinden des neuen U-Boots auf seiner Reise nach Israel, auch seine Flotte verstärken. Neue Einheiten wurden eingesetzt, mit neuen technischen Mitteln versehen – und all das kostet viel mehr Geld, als die Araber für gleichwertige Kampfmittel auszugeben haben. Das Heeresbudget beträgt offiziell 2,2 Milliarden israelische Pfund, beinahe 1000 Pfund je Kopf der jüdischen Bevölkerung. Wenn Israel schließlich statt der «Mirage V» (für etwa 1,3 Millionen Dollar je Flugzeug) amerikanische «Phantoms» wird kaufen dürfen und müssen, wird das eine Mehrbelastung von mindestens 100 Millionen Dollar ausmachen. In der Tat kündigte Finanzminister Sapir schon jetzt an, daß eine Rüstungsanleihe in ungefähr dieser Höhe zusätzlich zum Budget aufgelegt werden wird, anscheinend für die Luftwaffe bestimmt ...

Unterdessen marschieren die arabischen Armeen auf. Am Suezkanal stehen außer Ägypten auch Kontingente aus Algerien, dem Irak, aus dem Sudan und aus Kuweit – mehr um die arabische Einheit zu demonstrieren als um wirklich die Nilmarmee zu verstärken. Aber diesen Kontingenten kommt doch auch politische Bedeutung zu. Durch ihre Entsendung an die (sehr ruhige) «Front» wurden ihre Staaten «kriegsführend», erwarben sich recht eigentlich das Recht, bei Friedensverhandlungen mitzusprechen, zu stören, soviel ihr Herz begeht. Denn Algerien oder der Sudan oder Kuweit haben ja nichts zu verlieren, wenn der Krieg sich weiter und weiter ins Endlose schleppen.

Diesen alliierten Armeen steht das kleine Israel allein gegenüber. Seine 2 400 000 Juden stellen mehr als 300 000 Soldaten auf die Beine – und es sind gute Soldaten geworden. Die 30 Millionen Ägypter, die 6 Millionen Syrer, die 1,25 Millionen Jordanier zusammen verfügen, selbst unter Einrechnung der ausländischen Hilfstruppen, über nicht viel mehr Streitkräfte – vielleicht 330 000 bis 350 000 Mann. Aber an technischer Rüstung sind sie weit überlegen – und der einzige Trost Israels ist die alte Erfahrung, daß das beste Schwert nichts nützt, wenn der Arm, der es schwingt, kraftlos und das Herz des Kämpfers mutlos ist. Trotzdem geht Israel nicht ohne Sorge in das zweite Jahr des Waffenstillstandes. Es hat seinen Sieg im Juni nicht bis zu Ende ausgenutzt – hat durch übereilte Zustimmung zum Befehl des Sicherheitsrates, das Feuer einzustellen, die Gelegenheit verloren, die Hauptstädte seiner Feinde zu besetzen, den Frieden unter besseren Bedingungen zu erhandeln. Wer nicht das alte Rezept befolgt, nach dem Sieg «zu verfolgen bis zum letzten Atemzug von Mann und Roß», bezahlt für diese Unterlassungssünde. Das gilt für die strategische Lage, in der sich Israel heute befindet.

Sonderschau an der Basler Mustermesse 1968: Elektronik in der Armee

Von Oberstdivisionär E. Honegger

Die Präsenz der Armee als Ausstellerin an einer Muba ist eher etwas außergewöhnlich; deshalb bedarf diese Tatsache wohl einiger Erklärungen.

Einmal möchte ich meinen, daß es jedem von uns, der als Schweizer ausnahmslos in dieser oder jener Form seine Wehrpflicht erfüllt, nicht gleichgültig sein kann, ob bei einer Veranstaltung, die das Bild der wirtschaftlichen Tätigkeit eines arbeitsamen Volkes entwerfen soll, die Armee dabei ist oder nicht. Ich meine also, daß dort, wo der Schweizer seine Leistungsfähigkeit, seinen Erfindungsgeist, seine vielseitigen geistigen und handwerklichen Talente umfassend zur Schau stellen will, seine Armee auch irgendwie dazugehört, und zwar mehr als nur am Rande zur Verstärkung der Basler Straßenpolizei.

Und zum zweiten möchte sich auch einmal die Armee mit ihren «Produkten» und Problemen den vielen zivilen Partnern zum Wettkampf stellen; wohl wollen wir nicht wie diese in erster Linie unsere Erzeugnisse verkaufen und Umsätze tätigen, dafür aber um so mehr werben, werben nämlich um das Vertrauen unseres Volkes dahin, daß auch wir uns ernsthaft bemühen, den Geboten des Heute und des Morgen gewachsen zu sein.

Wir möchten wieder einmal in Erinnerung rufen, daß – wie jedes erfolgreiche Unternehmen – auch die Armee der Verantwortung für die Lösung ihrer ureigensten Probleme – denen auf der zivilen Seite nicht immer Vergleichbares gegenübersteht – sich weder entschlagen noch diese Verantwortung an Außenstehende delegieren kann; daß sie es sein muß, die für ihr eigenes